

Zum essenzialistischen Rest antiessenzialistischer Demokratietheorien

Boris Buden

Die uns hier gestellte Frage lautet: Wie kann eine progressive Politik der Differenz besonders im Bereich der Kulturpolitik gedacht werden, die über Ideologeme von starren kulturellen Identitäten hinausgeht? Diese Frage ist leider leicht zu beantworten. Leider, weil die Antwort nicht gleichzeitig eine Lösung unseres Problems in Aussicht stellt.

Nach einer progressiven Politik der Differenz, die den Rahmen "der starren kulturellen Identitäten" sprengt, muss man nicht lange suchen. Es ist dies das berühmte Konzept der radikalen Demokratie, das heute bekannterweise als das Vorbild einer progressiven Auseinandersetzung mit den politischen und kulturellen Problemen unserer Gegenwart gilt. Was diesem Konzept einen progressiven Charakter verleiht, ist gleichzeitig das, was eine Politik der Differenz erst denkbar macht, nämlich sein Antiessenzialismus.

In der antiessenzialistischen Betrachtungsweise werden Identitäten als Differenz konstruiert. Sie sind demzufolge keine von einem Verhältnis unabhängig bestehenden Entitäten. Vielmehr entstehen sie erst durch eine Relation zum Anderen und zwar zu einem Anderen, das ihr Außen bestimmt. Wenn es also um kollektive Identitäten geht, entsteht immer ein Verhältnis zwischen "uns" und "ihnen", das sich auch als ein "Freund/Feind"-Verhältnis herausbilden kann. Deshalb öffnet der antiessenzialistische Ansatz den Blick auf den antagonistischen Charakter der Gesellschaft, der nicht nur den politischen, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt. Das gilt insbesondere für die kulturelle Sphäre. Im Anschluss an Gramsci verstehen die AutorInnen des radikaldemokratischen Konzeptes das kulturelle Feld gleichzeitig als Szene und Objekt politischer Kämpfe.

Da es nach dieser Theorie keine präkonstituierten Identitäten gibt, gibt es auch keine natürlichen, keine originellen Identitäten. Jede Identität ist Resultat eines Prozesses permanenter Hybridisierung und Nomadisierung, ein Netzwerk von Differenzen. "Identity cannot therefore belong to one person alone, and no one belongs to a single identity", betont zum Beispiel an mehreren Stellen Chantal Mouffe.

Das antiessenzialistische Konzept ermöglicht darüberhinaus eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen liberalen Depolitisierung. Die Idee einer von Konflikten geprägten Gesellschaft widersetzt sich dem liberalen Glauben an die Möglichkeit einer politischen Versöhnung der ursprünglich nichtpolitisch generierten Interessen, sei es durch die freie Wahl auf dem politischen Markt oder durch einen in der freien Diskussion erreichten rationalen und universalen Konsens. Der Liberalismus sieht nicht, dass es keinen Konsens ohne gleichzeitige Exklusion gibt. Und jede Exklusion ist ein Akt der Machtausübung, die immer wieder antagonistische und hegemoniale Verhältnisse reproduziert.

Wie stark das von den Liberalen unterschätzt wird, zeigt sich an ihrer Unfähigkeit, mit dem Phänomen des Nationalismus umzugehen. Ein konkretes Beispiel ist die Art und Weise, wie der Westen die jugoslawische Krise und den kriegesischen Zerfall des Landes missverstanden hat. Der dort von allen Seiten des politischen Spektrums mobilisierte Nationalismus wurde als ein irrationaler Ausbruch atavistischer Leidenschaften gedeutet, der für die rückständigen Kulturen des Balkans zwar typisch wäre, im entwickelten demokratischen Westen jedoch nur noch eine politisch unbedeutende, historisch schon aufgehobene Anomalie darstellte.

Der Liberalismus unterschätzt prinzipiell die Rolle von Leidenschaften und Antagonismen in der Politik. Es sei aber sehr gefährlich, die libidinöse Besetzung zu ignorieren, welche sich um den Signifikanten Nation

mobilisiert, betont dagegen Chantal Mouffe. Für sie ist die primäre Aufgabe einer demokratischen Politik "... not to eliminate passions, nor to relegate them to the private sphere in order to render rational consensus possible, but to mobilize these passions, and give them a democratic outlet." (Mouffe, 109)

Nach dieser antiessenzialistischen Erklärung entspricht Nationalismus einer bestimmten Artikulation des leeren Signifikanten der Nation, welcher selbst ein *nodal point* im politischen Diskurs moderner Demokratie geworden ist und als eine Art Symbolisierung der abwesenden kommunitären Fülle funktioniert. (Torfing, 192) Dieses Konzept stützt sich auf Claude Leforts These, dass eine Gesellschaft ihre Einheit nur im Verhältnis zu einer außer ihr situierten symbolischen Macht erreichen kann. (Lefort, 279)

Nach Lefort wird mit der demokratischen Revolution die Stelle der Macht, die im *ancien regime* vom König besetzt wurde, endgültig leer. Kein Individuum, keine Gruppe kann sich mehr die Macht zu Eigen machen. Ihre Ausübung ist ein Gegenstand periodischer Redistribuirung und kontrollierten Wettbewerbs im Rahmen der repräsentativen Demokratie.

Dieser Umstand hat aber Folgen für die praktische Politik. Um hegemonial zu werden, muss man im Namen der Nation oder des Volkes reden können. Der leere Signifikant der Nation oder des Volkes kann nur hegemonisiert werden, insofern man ihm einen partikulären Inhalt gegeben hat. Der Nationalismus, so die These, ist dieser Mythos, der dem leeren Signifikanten der Nation, bzw. des Volkes, eine partikuläre, substantielle Verkörperung verleiht. Dieser Inhalt besteht am ehesten aus einem Ethnos und einem Raum, einem *locus* des Volkes bzw. der Nation. Natürlich erfolgt die endgültige Homogenisierung und Substanzialisierung der Nation erst, wenn die Exklusionsprozedur eingeschaltet wird, das heißt, durch eine diskursive Konstruktion ihrer Feinde, sowohl außerhalb als auch innerhalb der Nation.

Dieser Theorie nach ist der Nationalismus keine totalitaristische Abweichung von einem gesunden demokratischen Zustand, sondern ein normaler Bestandteil jeder demokratischen Politik. Natürlich variiert dieses Ausfüllen eines leeren Signifikanten in seiner Intensität und Funktion von Fall zu Fall. Deshalb können wir einen guten von einem schlechten Nationalismus unterscheiden. So spricht Chantal Mouffe zum Beispiel von einem bürgerlichen Nationalismus, von einem, wie sie sagt, "civic nationalism". Dieser sei sogar notwendig, wenn wir eine wirklich demokratische Politik betreiben wollen, da es nur einem guten Nationalismus wirklich gelingen könne, den schlechten, bössartigen zu bekämpfen: "The struggle against the exclusive type of ethnic nationalism can be carried on only if some other form of nationalism is articulated, a kind of 'civic' nationalism, upholding pluralism and democratic values." (Mouffe, 110)

Das Problem ist aber, dass auch die liberale, durchaus essenzialistische Nationalismustheorie den Begriff eines guten Nationalismus sehr wohl kennt und mit ihm erfolgreich operiert. Der essenzialistische Liberalismus glaubt nämlich genauso wenig, dass Nationalismus immer nur reduktionistisch, aggressiv, autoritär, xenophobisch und in letzter Instanz destruktiv sein muss. Ein Beispiel ist die Idee eines liberalen Nationalismus, die Yeal Tamir in ihrem Buch "Liberal Nationalism" ausgearbeitet hat. Dieser liberale Nationalismus ist nach Tamir "pluralistic and open, sees national groups as not only a product of history, but also of human will, and broadly follows humanistic tradition." (Tamir, 83) Er gründet sich in der Kategorie des freien menschlichen Willens und der rationalen Wahl bzw. im sogenannten ethischen Individualismus. Jeder nationalen Affiliation gegenüber, egal welcher historischen, kulturellen oder religiösen Herkunft, verhält er sich positiv und ist immer bereit, dieselbe Wichtigkeit, die er der eigenen nationalen Identität zuschreibt, auch der nationalen Identität anderer Völker zuzuerkennen. Den klassischen individuellen Freiheiten, die den Liberalismus kennzeichnen, fügt der liberale Nationalismus die nationale Identität als eine positive und wünschenswerte Komponente hinzu. Der liberale Nationalismus bezwingt und opfert nicht das Individuum im Namen der Nation, er nützt die Nation nicht, um die demokratischen Freiheiten zu suspendieren, er erobert keine fremden Territorien etc. Nation ist für ihn einfach ein Faktor der Bereicherung alltäglicher Existenz eines Einzelnen: "Life in a cultural environment that is familiar, understandable, and thus predictable is a

necessary precondition for making rational choices and becoming self-governing" (Tamir, 84.)

Hier ist, wie man sieht, keine Rede von irgendwelchen hybriden Identitäten, von In- und Exklusionsprozessen, vom antagonistischen Charakter der Identitätsbildung, von Kämpfen um Hegemonie ... und trotzdem kommen wir politisch auf das Gleiche - das Ziel ist offensichtlich, in beiden Fällen, den guten Nationalismus gegenüber seiner totalitaristischen, xenophobischen, destruktiven Entartung mit allen demokratiepolitischen Mitteln zu fördern.

Der Antiessenzialismus mit seinen hybriden Identitäten erweitert zwar den Politikbegriff, ermöglicht uns also, jeden Bereich des gesellschaftlichen und privaten Lebens - in der Kultur wahrscheinlich am intensivsten - als politisch zu betrachten und politisch zu mobilisieren. Wenn es aber zu den konkreten Fragen der heutigen demokratischen Politik kommt, bleibt nur ein Medium des Politischen dominant - die Nation. Da hört jede Hybridität auf. Soweit eine hybride Identität sich konkret politisch engagieren will, muss sie sich für ein Stück Essenz entscheiden, muss sich eine Nation aussuchen. In dem Sinne ist jede Nation eine ausgewählte Nation, da sie im heutigen Konzept der Demokratie eine notwendige Voraussetzung jedes politischen Engagements ist. Egal aus welchen kulturellen, sexuellen, ethnischen und anderen Komponenten sich eine hybride Identität zusammensetzt, wenn sie in einer politischen Arena auftreten, das heißt: am demokratiepolitischen Wettbewerb teilnehmen will, muß sie sich erst nationalstaatlich einrahmen lassen, muß sie als ein nichtessenzielles Wesen, als eine bloß von Differenzverhältnissen zusammengesetzte Hybridbildung, eine ganz und gar essenzialistische Entscheidung treffen. Um sich politisch zu verwirklichen, muß sich also jede nichtessenzialistische Identität einer essenzialistischen Selbstlüge bedienen. Deswegen ist in der Theorie der radikalen Demokratie trotz des ganzen Antiessenzialismus, "... a certain amount of strategic essentialism" (Torfing, 194) immerhin unausweichlich.

Literatur:

Lefort, Claude, *The Political Forms of Modern Society*, Polity Press, Cambridge, 1986.

Mouffé, Chantal, *For a Politics of Nomadic Identity*, in *Traveller's Tales*, (Ed. Robertson, Mash, Tickner, Bird, Curtis and Putnam), Routledge, London and New York, 1994.

Tamir, Yeal, *Liberal Nationalism*, Princeton University Press, 1993.

Torfing, Jacob, *New Theories of Discourse*, Blackwell, Oxford/Malden, 1999.